

Potrafke, Niklas; Schneider, Margret; Simon, Christian

Article

Zum Einfluss von Parteiideologie auf die Staatstätigkeit in den US-Bundesstaaten

ifo Schnelldienst

Provided in Cooperation with:

Ifo Institute – Leibniz Institute for Economic Research at the University of Munich

Suggested Citation: Potrafke, Niklas; Schneider, Margret; Simon, Christian (2013) : Zum Einfluss von Parteiideologie auf die Staatstätigkeit in den US-Bundesstaaten, ifo Schnelldienst, ISSN 0018-974X, ifo Institut - Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München, München, Vol. 66, Iss. 11, pp. 24-29

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/165281>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Zum Einfluss von Parteiideologie auf die Staatstätigkeit in den US-Bundesstaaten

24

Niklas Potrafke, Margret Schneider und Christian Simon*

Eine neue Studie zeigt den Einfluss von Parteiideologie auf Wirtschaftspolitik in den US-Bundesstaaten auf. Demokraten haben die Staatstätigkeit ausgeweitet; Republikaner haben sie zurückgefahren. Insbesondere haben Republikaner die Arbeitsmärkte dereguliert. Problemlos implementiert werden können die Politikunterschiede aber nur, wenn es keine geteilten Mehrheitsverhältnisse zwischen Exekutive und Legislative gibt.

Während in vielen Industrieländern wie Deutschland oder Japan linke und rechte Parteien immer weniger polarisiert sind, spielt die Parteiideologie in den Vereinigten Staaten nach wie vor eine bedeutende Rolle. Die Demokraten unterscheiden sich in ihren politischen Positionen deutlich von den Republikanern. Die unterschiedliche Parteiideologie hat auch starken Einfluss auf die Wirtschaftspolitik: Demokratische Regierungen betreiben im Gegensatz zu republikanischen Regierungen expansivere Wirtschaftspolitik. Das steht im Einklang mit der Parteiendifferenzhypothese, die besagt, dass linke und rechte Regierungen mit ihrer Politik jeweils ihre Wählerklientel bedienen (vgl. Hibbs 1977). Frühere Studien zur Fiskalpolitik in den USA führen zu facettenreichen Ergebnissen. Beispielsweise waren in den US-Bundesstaaten das Wachstum der Staatsausgaben, die Steuersätze sowie Pro-Kopf-Staatseinnahmen und -ausgaben unter demokratischen Gouverneuren höher als unter republikanischen Gouverneuren (vgl. z.B. Chang et al. 2009; Besley und Case 1995; Alt et al. 2002; Pickering und Rockey 2013). Andere Studien kommen zu dem Ergebnis, dass eine demokratische Mehrheit in der Legislative, also im Senat und im Repräsentantenhaus, zu einer höheren Steuerbelastung geführt, die Parteizugehörigkeit des Gouverneurs dabei aber nur eine kleine Rolle gespielt hat (vgl. Reed 2006). Primo (2006) findet hingegen keinen Effekt von Parteiideologie auf die Staatsausgaben.

Eine weitere Theorie besagt, dass Parteiideologie in den US-Bundesstaaten dann keinen Einfluss auf die Wirtschaftspolitik hat, wenn der Gouverneur von Partei A mit politischen Mehrheiten von Partei B in der Legislative konfrontiert ist, weil sich die Einflüsse von Partei A und Partei B ausbalancieren (*Divided-Government-Hypothese* von Alesina und Rosenthal

1996). In einer neuen Studie untersuchen Bjørnskov und Potrafke (2013) den Einfluss der Parteiideologien auf die Staatstätigkeit in den US-Bundesstaaten. Dabei werden neue Indikatoren für Parteiideologie verwendet und die politischen Mehrheitsverhältnisse in beiden parlamentarischen Kammern getrennt berücksichtigt

Daten

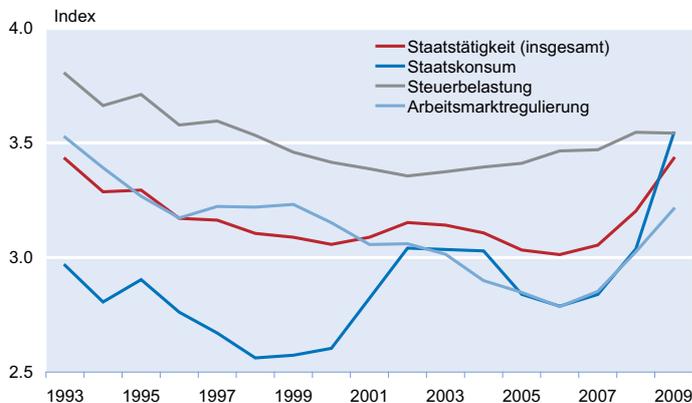
Staatstätigkeit

Die Staatstätigkeit wird mit dem inversen Index der ökonomischen Freiheit gemessen (vgl. Karabegovic et al. 2003; Bueno et al. 2012). Der Gesamtindex »Umfang der Staatstätigkeit« wird als Durchschnitt der drei Subindizes »Staatskonsum«, »Steuerbelastung« und »Arbeitsmarktregulierung« berechnet. Der Gesamtindex sowie seine Subindizes sind auf Werte zwischen 0 (minimale Staatsaktivität) und 10 (maximale Staatstätigkeit) normiert und für alle 50 US-Bundesstaaten im Beobachtungszeitraum 1993–2009 jährlich verfügbar. Als abhängige Variable verwenden Bjørnskov und Potrafke (2013) die Differenz des Index in Periode t und Periode $t - 1$. Die Veränderungen dieser Indizes können als Maße für wirtschaftspolitische Reformen interpretiert werden.

Der Umfang der Staatstätigkeit war in Bundesstaaten wie Arizona, Delaware und Tennessee traditionell gering und in New York, Rhode Island und West Virginia besonders ausgeprägt. Während es in Arizona im Laufe der Jahre zu einer Ausweitung der Staatstätigkeit kam (von 2,3 im Jahr 1996 auf 3,2 im Jahr 2009), gab es in New York zwischen 1996 und 1999 eine Phase wirtschaftspolitischer Liberali-

* Margret Schneider und Christian Simon waren im Februar und März 2013 Praktikanten im Bereich Öffentlicher Sektor am ifo Institut.

Abb. 1
Entwicklung der Staatstätigkeiten in den US-Bundesstaaten, 1993–2009



Quelle: Bueno et al. (2012); inverse Indices "ökonomischer Freiheit".

sierung (der Umfang der Staatstätigkeit sank von 4,6 auf 4,1). Der Rückgang des Gesamtindex in New York resultierte aus dem Rückgang der Indizes »Staatskonsum« (von 4,8 auf 3,8), und »Steuerbelastung« (von 4,9 auf 4,4) bei ähnlich bleibender Arbeitsmarktregulierung.

In der betrachteten Periode gab es im Durchschnitt über alle Bundesstaaten die meiste Bewegung im Subindex »Staatskonsum«, dieser stieg fast kontinuierlich an (vgl. Abb. 1). Vom Tiefstand im Jahr 1998 (2,56 Punkte) kletterte der Index auf 3,54 Punkte im Jahr 2009. Im Gegensatz dazu lagen die beiden anderen Indizes (»Steuerbelastung« und »Arbeitsmarktregulierung«) zu Beginn und Ende des Betrachtungszeitraums auf einem ähnlichen Niveau. Innerhalb des Betrachtungszeitraums war der Index für Arbeitsmarktregulierung stärkeren Schwankungen ausgesetzt als der Index für Steuerbelastung. Der Anstieg im Gesamtindex ist maßgeblich durch den Anstieg im Subindex »Staatskonsum« bedingt.

Parteiideologie

Frühere Studien haben bei der Messung von Parteiideologie in den US-Bundesstaaten nur zwischen Demokraten und Republikanern differenziert. Dies ist gleichbedeutend mit der Annahme, dass die Demokraten und die Republikaner in allen Bundesstaaten jeweils die gleichen politischen Positionen vertreten. Jedoch unterscheidet sich die Ideologie innerhalb der politischen Parteien von Bundesstaat zu Bundesstaat: So gelten die Demokraten in südlichen US-Bundesstaaten als deutlich konservativer im Vergleich zu ihren Parteifreunden an der Ostküste. Zudem hat sich die ideologische Ausrichtung der Demokraten und Republikaner in den vergangenen Jahren auseinander bewegt. Diesem Umstand tragen die Daten zur ideologischen Positionierung von Shor und McCarty (2011) Rechnung. Diese Ideologiekodierung nutzen Bjørnskov und Potrafke (2013) zusätzlich zur gewöhnlichen Parteikodierung (Demokraten versus Repu-

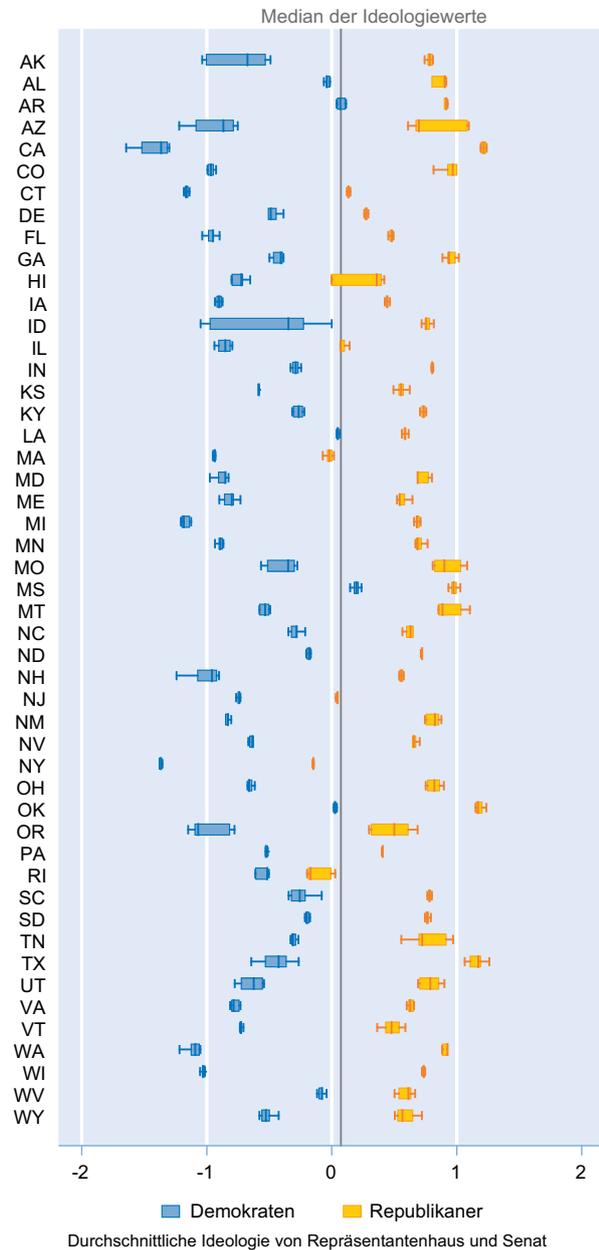
blikaner), um den zeitlichen und zwischenstaatlichen Differenzen innerhalb der Parteien gerecht zu werden.

Beide Verfahren, die Ideologieeinordnung über die Parteizugehörigkeit und über die Ideologiedaten von Shor und McCarty (2011), wurden für die Gouverneure und die parteipolitische Mehrheit jeweils im Senat und im Repräsentantenhaus eines Bundesstaates angewandt. Im Folgenden werden die Ergebnisse zum Einfluss der Ideologie der Gouverneure diskutiert, die Resultate zum Einfluss von demokratischen und republikanischen Mehrheiten im Repräsentantenhaus und im Senat sind ähnlich und können in der Studie von Bjørnskov und Potrafke (2013) nachvollzogen werden.

Die Daten von Shor und McCarty (2011) beschreiben ideologische Positionen der politischen Parteien in den US-Bundesstaaten. Erstellt sind die Positionen anhand von realem Abstimmungsverhalten der demokratischen und republikanischen Abgeordneten in beiden parlamentarischen Kammern und wiederholten Politikerbefragungen. Nicht einbezogen wird Nebraska aufgrund seines parlamentarischen Einkammersystems. Die Bandbreite reicht dabei von $-1,65$ (extrem linke Demokraten) bis $1,33$ (extrem konservative Republikaner). Demnach sind beispielsweise die gemäßigten Republikaner in New York mit einem Wert von $-0,15$ links von den sehr konservativen Demokraten in Mississippi ($0,20$) einzuordnen. Abbildung 2 zeigt die Ideologie der Parteien im Durchschnitt beider Parlamentskammern in den einzelnen Bundesstaaten. Dabei bedeutet ein langer Balken, dass sich die ideologischen Positionen der Partei in der betrachteten Periode stark verschoben haben. Diese Werte werden auch verwendet, um die ideologische Position der Gouverneure zu approximieren. Um die Gouverneure ideologisch links und rechts einzuordnen, wird der Median ihrer Ideologiewerte ermittelt: Ein Gouverneur, der einen geringeren Ideologiewert als den Median aufweist, gilt demnach als links, andernfalls als rechts. So wird beispielsweise der spätere Präsidentschaftskandidat der Republikaner Mitt Romney, der von 2003 bis 2006 Gouverneur von Massachusetts war, als linker Politiker klassifiziert, weil seine ideologische Ausrichtung eben knapp links vom Median liegt. Im Gegensatz dazu wurde der demokratische Gouverneur von Mississippi, Ronnie Musgrove (2000–2004), als rechter Politiker eingeordnet.

Die vorhandenen Daten für 49 US-Staaten (ohne Nebraska) von 1993 bis 2009 umfassen bis zu 607 Beobachtungen (die Ideologiedaten von Shor und McCarty 2011 sind nicht für alle 49 Bundesstaaten über den gesamten Beobachtungszeitraum verfügbar).

Abb. 2
Ideologische Polarisierung von Demokraten und Republikanern in den US-Bundesstaaten



Quelle: Shor und McCarty (2011).

Empirische Ergebnisse zum Einfluss von Parteiideologie auf den Umfang der Staatstätigkeit

Einfluss von Ideologie unter Parteikodierung auf die Staatstätigkeit

Die durchschnittliche Veränderung der vier Staatstätigkeitsindizes mit der gewöhnlichen Parteikodierung zeigt die Abbildung 3. Dabei wird zwischen 245 demokratischen und 338 republikanischen Gouverneuren unterschieden.

Gemäß dieser deskriptiven Statistik ist der Umfang der Staatstätigkeit im Durchschnitt der 49 Bundesstaaten (Mittelwert 3,064) unter demokratischen Gouverneuren etwas gewachsen (um 0,006 Punkte), unter republikanischen Gouverneuren jedoch gesunken (um – 0,017 Punkte, vgl. Abb. 3 oben links). Der Index »Staatskonsum« (Mittelwert: 2,78) stieg unter demokratischen Gouverneuren im Mittel um 0,036 Punkte und veränderte sich unter republikanischen Gouverneuren kaum (vgl. Abb. 3 oben rechts). Beim Index »Steuerbelastung« (Mittelwert: 3,43) scheint die Parteizugehörigkeit des Gouverneurs kaum eine Rolle für die wirtschaftspolitischen Reformen zu spielen, der Unterschied fällt gering aus (– 0,009 vs. – 0,016 Punkte, Abb. 3 unten links).

Im Bereich der Arbeitsmarktregulierung (Mittelwert: 3,06) deutet die deskriptive Statistik darauf hin, dass republikanische Gouverneure die Arbeitsmärkte stärker dereguliert haben als demokratische Gouverneure (– 0,035 vs. – 0,009 Punkte, vgl. Abb.3 unten rechts).

Die Veränderung in den drei Indizes »Staatstätigkeit (insgesamt)«, »Staatskonsum« und »Steuerbelastung« unter demokratischen und republikanischen Gouverneuren sind jeweils signifikant verschieden.

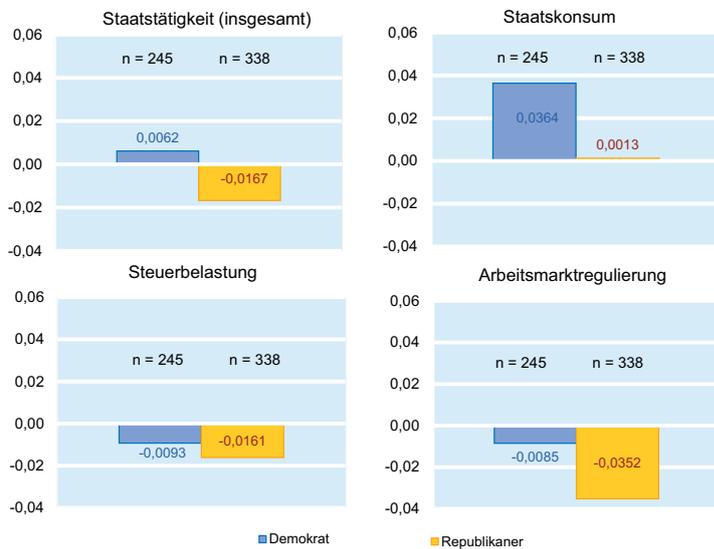
Um den tatsächlichen Effekt von Parteiideologie auf die Veränderung der Staatstätigkeit zu isolieren, wurden anhand von Regressionen die Einflüsse von Wählerpräferenzen bei Präsidentschaftswahlen sowie weiterer Kontrollvariablen, wie der Inflation oder dem Bevölkerungswachstum, herausgerechnet. Dabei wird nur eine der aus Abbildung 3 abgeleiteten Vermutungen bestätigt: Republikanische Gouverneure haben den Arbeitsmarkt signifikant stärker dereguliert als ihre demokratischen Amtskollegen. Für die Indizes »Staatstätigkeit (insgesamt)« und »Staatskonsum« ergeben sich keine signifikanten Ideologieeffekte.

Einfluss von Ideologie unter Ideologiekodierung nach Shor und McCarty auf die Staatstätigkeit

Die durchschnittliche Veränderung der vier Staatstätigkeitsindizes mit der neuen Ideologiekodierung von Shor und McCarty (2011) zeigt die Abbildung 4. Dabei wird zwischen 284 linken und 299 rechten Gouverneuren unterschieden.

Mit der präziseren Ideologiekodierung werden Unterschiede zwischen der Politik von linken und rechten Gouverneuren nur noch im Bereich der Arbeitsmarktregulierung sichtbar (diese sind allerdings nicht signifikant). Auffällig ist, dass die aus Abbildung 3 vermuteten Unterschiede im Gesamtindex und im Subindex »Staatskonsum« mit der präziseren Ideologiekodierung verschwinden.

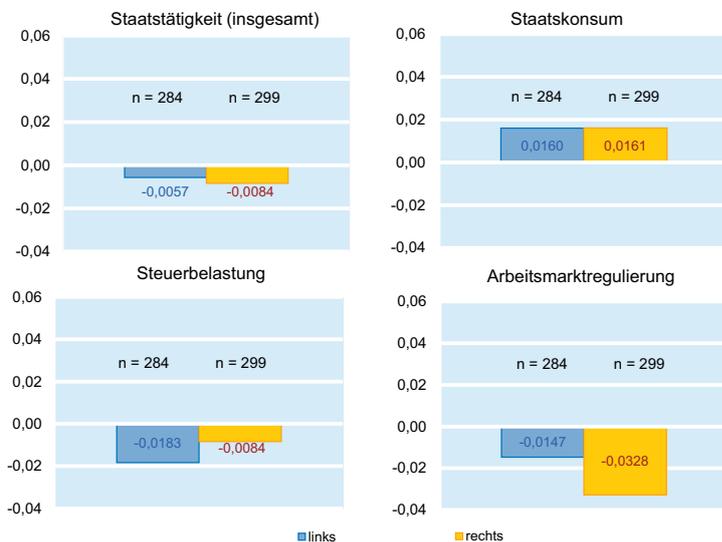
Abb. 3
Veränderung der vier Indizes unter demokratischen und republikanischen Gouverneuren



Quelle: Bueno et. al. (2012); Berechnungen des ifo Instituts.

Anhand verschiedener Regressionen kommen Bjørnskov und Potrafke (2013) jedoch auch mit der präziseren Ideologiekodierung von Shor und McCarty (2011) zu dem Ergebnis, dass rechte Gouverneure die Arbeitsmärkte signifikant stärker dereguliert haben als linke Gouverneure. Für die drei anderen Indizes ergeben sich, wie auch schon bei der Parteikodierung, keine signifikanten Ergebnisse.

Abb. 4
Veränderung der vier Indizes unter linken und rechten Gouverneuren gemäß der Ideologiekodierung von Shor und McCarty (2011)



Quelle: Shor und McCarty (2011); Bueno et. al. (2012). Berechnungen des ifo Instituts.

Einfluss von geteilten Regierungen auf ideologieinduzierte Politikmaßnahmen

Die ideologische Position der Parteien wirkt sich nicht nur in der Person des Gouverneurs, sondern auch über die Mehrheitsfraktionen im Senat und dem Repräsentantenhaus auf die Regierungstätigkeit aus. So ergeben sich vier verschiedene Machtkonstellationen: Dem Gouverneur wird »durchregieren« ermöglicht, wenn seine Partei auch in den beiden Parlamentskammern die Mehrheit stellt. Wenn jedoch die Opposition zum Gouverneur in beiden Parlamentskammern der Legislative die Mehrheit stellt, spricht man im Englischen von *Overall division*. Ein Gouverneur kann ebenso nur einem von der Konkurrenzpartei dominierten Senat (*Approval division*) beziehungsweise Repräsentantenhaus (*Proposal division*) gegenüberstehen. Das Repräsentantenhaus und der Senat haben unterschiedliche Kompetenzen: Während das Repräsentantenhaus teilweise eigene Gesetzesinitiativen starten kann, verbleibt es dem Senat nur, die eingebrachten Gesetzesvorlagen des Gouverneurs oder des Repräsentantenhauses entweder zu billigen oder nicht. Bjørnskov und Potrafke (2013) unterscheiden zwischen diesen drei Arten von geteilten Regierungen und überprüfen, ob geteilte Regierungen ideologiebestimmten Politikmaßnahmen entgegenwirken. Ebenso überprüft wird, ob die gegenläufigen Effekte aufgrund der unterschiedlichen Kompetenzen des Repräsentantenhauses und Senats je nach Art der Teilung variieren.

Im betrachteten Zeitraum wurden der Gouverneur und die Mehrheiten in beiden Kammern 247-mal von derselben Partei gestellt. Eine komplett geteilte Regierung (*Overall division*) konnte 224-mal, eine abweichende Mehrheit im Repräsentantenhaus (*Proposal division*) 84-mal sowie im Senat (*Approval division*) 52-mal beobachtet werden.

Inwieweit geteilte Regierungen zu einer Konterkarierung der Ideologeeffekte geführt haben, kann am besten im Bereich der Arbeitsmarktregulierung mit der präzisen Ideologiekodierung diskutiert werden. Die Abbildung 5 zeigt, in welchem Ausmaß linke bzw. rechte Gouverneure bei vereinigter Regierung (vgl. Abb. 5 oben links) und unter den drei Arten von geteilter Regierung den Arbeitsmarkt dereguliert haben.

Abb. 5
Veränderung des Subindex Arbeitsmarktregulierung, Ideologiekodierung nach Shor und McCarty (2011)



Quelle: Shor und McCarty (2011); Bueno et. al. (2012). Berechnungen des ifo Instituts.

Rechte Gouverneure, die eine Mehrheit in beiden Kammern hatten, deregulierten den Arbeitsmarkt stärker als linke (-0,014 vs. -0,042 Punkte, Abb. 5 oben links). Dieser Gesamteffekt ist so stark, dass ihn auch ein prominentes Gegenbeispiel nicht schwächen kann. In Florida wurde 2004 unter dem republikanischen Gouverneur Jeb Bush die Einführung eines Mindestlohnes oberhalb des nationalen Mindestlohns als Ergänzung zur Verfassung beschlossen. So erhöhte sich der Wert des Index für »Arbeitsmarktregulierung« von 1,263 im Jahr 2004 auf 2,134 im Jahr 2005.¹

Bei geteilter Regierung ist kein Unterschied zwischen den Parteien feststellbar, da ein rechter Gouverneur gegen die Mehrheit der Linken im Repräsentantenhaus und im Senat nicht mehr die gewünschten Maßnahmen durchsetzen kann (vgl. Abb. 5 oben rechts). Im Falle der *Approval division* scheint es, als könne der jeweilige Gouverneur die gewünschte Politik durchsetzen (-0,021 vs. -0,054 Punkte, Abb. 5 unten links). Allerdings ist dieser Befund aufgrund der kleinen Anzahl an Beobachtungen (n = 50) mit Vorsicht zu genießen. Steht einem Gouverneur von Partei A im Repräsentantenhaus eine Mehrheit von Partei B gegenüber (*Proposal division*, Abb. 5 unten rechts), ergeben sich kaum Unterschiede in der Arbeitsmarktpolitik von linken und rechten Gouverneuren (-0,027 vs. -0,033 Punkte); auch hier ist die Beobachtungszahl relativ klein.

Die Regressionen von Bjørnsvov und Potrafke (2013) bestätigen die aus den deskriptiven Statistiken abgeleiteten Ver-

mutungen. Bei vereinigten Regierungen gibt es zwischen den ideologischen Gegenspielern signifikante Unterschiede in der Arbeitsmarktregulierung, und zwar unabhängig davon, wie Parteiideologie gemessen wird. Die Unterschiede verschwinden allerdings, wenn der Gouverneur einer fremden Mehrheit im Repräsentantenhaus (*Proposal division*) oder in beiden legislativen Kammern (*Overall division*) gegenübersteht.

Schlussfolgerung

In den US-Bundesstaaten hat Parteiideologie einen Einfluss auf die Wirtschaftspolitik. Demokraten haben die Staatstätigkeit ausgeweitet; Republikaner haben sie zurückgefahren. Besonders ausgeprägt sind die Politikunterschiede zwischen Demokraten und Republikanern im Bereich der Arbeitsmarktpolitik: Die Arbeitsmärkte sind unter Republikanern deutlich stärker dereguliert worden

als unter Demokraten. Einen ganz ähnlichen Effekt haben Bjørnsvov und Potrafke (2012) für den kanadischen Arbeitsmarkt identifiziert.

Die Politikunterschiede in den US-Bundesstaaten können Demokraten und Republikaner aber nur bei vereinigter Regierung problemlos implementieren. *Overall division* und *Proposal division* haben parteiideologischer Politikgestaltung Einhalt geboten. Die Wähler in den Vereinigten Staaten können parteiideologisch beeinflusste Politik also verhindern, indem sie bei Wahlen während der Legislaturperiode der Oppositionspartei des Gouverneurs zur Mehrheit zumindest im Repräsentantenhaus verhelfen (*checks and balances*). Dies ist Evidenz für die *Divided-government*-Theorie von Alesina und Rosenthal (1996).

In Deutschland sind seit Anfang 2013 ebenfalls geteilte Mehrheitsverhältnisse zu beobachten: Seit den Landtagswahlen in Niedersachsen verfügt die rot-grüne Opposition im deutschen Bundestag über die Mehrheit im Bundesrat. Sie kann nun zustimmungspflichtige Gesetzesvorhaben der schwarz-gelben Bundesregierung verhindern oder durch das Anrufen des Vermittlungsausschusses Entscheidungen ständig vertagen. In Zukunft wird nun mit Spannung zu beobachten sein, ob die geteilten Mehrheitsverhältnisse auch in Deutschland zu zunehmender Konvergenz zwischen der Politik der verschiedenen Parteien führen werden.

Literatur

Alesina, A. und H. Rosenthal (1996), »A Theory of Divided Government«, *Econometrica* 64(6), 1311–1343.

¹ http://www.floridajobs.org/minimumwage/announcement_2013.pdf;
<http://www.epi.org/publication/bp178/>.

Alt, J.E., D.D. Lassen und D. Skilling (2002), »Fiscal Transparency, Gubernational Approval, and the Scale of Government: Evidence from the States«, *State Politics and Policy Quarterly* 2(3), 230–250.

Besley, T. und A. Case (1995), »Does Electoral Accountability Affect Economic Policy Choices? Evidence from Gubernational Term Limits«, *Quarterly Journal of Economics* 110(August), 769–798.

Bjørnskov, C. und N. Potrafke (2012), »Political Ideology and Economic Freedom across Canadian Provinces«, *Eastern Economic Journal* 38, 143–166.

Bjørnskov, C. und N. Potrafke (2013), »The Size and Scope of Government in the US States: Does Party Ideology Matter?«, *International Tax and Public Finance*, im Erscheinen.

Bueno, A., N.J. Ashby, F. McMahon und D. Martinez (2012), *Economic Freedom of North America 2012*. Frazer Institute, Vancouver.

Chang, C.-P., Y. Kim und Y.-H. Ying (2009), »Economics and Politics in the United States: A State Level Investigation«, *Journal of Economic Policy Reform* 12(4), 343–354.

Hibbs, D.A. (1977), »Political Parties and Macroeconomic Policy«, *American Political Science Review* 71(4), 1467–1487.

Karabegovic, A., S. Dexter, C.M. Schlegl und F. McMahon (2003), »North American Economic Freedom«, *European Journal of Political Economy* 19(3), 431–452.

Pickering, A. und J. Rockey (2013), »Ideology and the Size of US State Government«, *Public Choice*, im Erscheinen.

Primo, D.M. (2006), »Stop Us before We Spend again: Institutional Constraints on Government Spending«, *Economics & Politics* 18(3), 269–312.

Reed, W. R. (2006), »Democrats, Republicans, and Taxes: Evidence that Political Parties Matter«, *Journal of Public Economics* 90(4–5), 725–750.

Shor, B. und N. McCarty (2011), »The Ideological Mapping of American Legislatures«, *American Political Science Review* 105(3), 530–551.